

ZIEL 10: WENIGER UNGLEICHHEITEN

Univ.-Prof. i. R. Mag. Dr. Wolfgang Benedek, langjähriger Leiter des Instituts für Völkerrecht und Internationale Beziehungen sowie Mitbegründer und Leiter des Europäischen Trainings- und Forschungszentrums für Menschenrechte und Demokratie der Universität Graz

Das Thema der Verminderung der Ungleichheit zieht sich durch alle 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Vereinten Nationen. Die Agenda 2030 wurde 2015 mit dem Versprechen, niemanden zurückzulassen („leave no one behind“), auf den Weg gebracht. SDG 10 kommt dabei eine zentrale Rolle zu, wonach die Ungleichheit in und zwischen den Ländern verringert werden soll. Wie üblich werden dazu mehrere Unterziele definiert, wie dass das Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung über dem nationalen Durchschnitt liegen soll, alle Menschen ohne jede Diskriminierung der Person und durch den Abbau diskriminierender Gesetze und Politiken gleiche Chancen haben sollen, eine gleichheitsorientierte Sozial-, Lohn- und Fiskalpolitik verfolgt werden soll, Entwicklungsländern in globalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen eine verstärkte Mitsprache gegeben und die Regulierung und Überwachung der globalen Finanzmärkte verbessert werden soll. Weiters soll eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtert werden und die Transaktionskosten für Heimatüberweisungen auf weniger als 3 Prozent sinken. Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen sollen in den Staaten verstärkt werden, wo der Bedarf am größten ist, etwa den am wenigsten entwickelten Ländern. Der in der Welthandelsorganisation (WTO)



Prof. Dr. Wolfgang Benedek bei der Konferenz „The Consequences of War and their Interdependence. Bringing Human Security Back to the Global Political Agenda“, Universität Padua 14.-15. November 2022 (Foto © Prof. Dr. W. Benedek, privat)

geltende Grundsatz der besonderen und differenzierten Behandlung der Entwicklungsländer soll weiterhin angewendet werden.

Während bis 2019 eine positive Entwicklung zu beobachten war, brachte die Covid-19-Pandemie einen Einbruch, der durch die Preissteigerungen im Zuge des Ukrainekrieges vor allem im Bereich von Nahrungsmitteln und Energie noch verstärkt wurde. Dazu kamen die zunehmenden Folgen der Klimakrise wie Trockenheiten und andere extreme Wetterphänomene, die vor allem die Entwicklungsländer be-

trafen. Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) von 2022 führt aus, dass 2021 neun von zehn Ländern bei der Entwicklung zurückgefallen sind. Bei vier von zehn Ländern war dies bereits das zweite Jahr in Folge der Fall. Die Weltbank berichtet über eine Trendumkehr, wonach die extreme Armut wieder zunehme, wobei die Erholung von der Pandemie, die die ärmsten Entwicklungsländer am stärksten getroffen habe, ungleich verteilt sei. Die britische Nichtregierungsorganisation Oxfam schlug anlässlich des Weltwirtschafts-

forums in Davos Alarm: Das reichste Prozent der Welt konnte fast zwei Drittel des seit der Covid-19-Pandemie global geschaffenen Vermögenszuwachses auf sich vereinigen, während die globale Armut erstmals seit 25 Jahren wieder zugenommen hat.

Innerhalb der Länder sind die verwundbarsten Gruppen wie ältere Menschen, Frauen und Kinder, Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten am meisten betroffen. Ihnen fehlt oft die soziale Absicherung. Besonders getroffen wurde durch die Covid-19-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen der Gesundheits- und der Bildungssektor. Die gerechte Verteilung innerhalb der Länder wird auch durch den von internationalen NGOs wie Freedom House oder Transparency International berichteten Rückgang bei Demokratie und Menschenrechten sowie der Rechtsstaatlichkeit bei gleichzeitiger Zunahme der Korruption erschwert. Derselbe Trend zeigt sich hinsichtlich von Einschränkungen der Medien- und Meinungsäußerungsfreiheit. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil, wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen feststellte, in keinem Land der Welt mit einer Demokratie bzw. relativ freien Presse jemals eine größere Hungersnot stattgefunden habe. Die Zahl der Menschen auf der Flucht in- und außerhalb ihrer Länder hat mit 100 Millionen den bisher höchsten Wert erreicht.

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) erwartet, dass die Zunahme der extremen Armut vor allem die ärmsten Entwicklungsländer betrifft. Diese leiden häufig auch am stärksten unter

“*Besonders getroffen wurde durch die Covid-19-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen der Gesundheits- und der Bildungssektor.*”

“*Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) erwartet, dass die Zunahme der extremen Armut vor allem die ärmsten Entwicklungsländer betrifft. Diese leiden häufig auch am stärksten unter der Klimakrise, der weltweiten Inflation und ihrer Verschuldung.*”

der Klimakrise, der weltweiten Inflation und ihrer Verschuldung. Die internationalen Organisationen für Finanzen, Währung und Handel, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation konnten die Reformziele von SDG 10 bisher kaum umsetzen. Diese waren auch sehr allgemein formuliert und der Multilateralismus geriet in der Amtszeit von US-Präsident Trump selbst unter Druck. In Währungsfonds und Weltbank bestimmen die kapitalstarken Länder. In einer globalen Marktwirtschaft lassen sich Direktinvestitionen nicht vorschreiben. Wohl können jedoch Kredite und Entwicklungshilfe gesteigert werden, um den negativen Wirtschaftstrends entgegenzuwirken. Auch die handelspolitische Vorzugsbehandlung für die Entwicklungsländer, etwa günstigere Zölle oder Ausnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder von fast allen Verpflichtungen in der WTO steht nicht in Frage. Sie reicht jedoch nicht aus, um die Wettbewerbsnachteile auszugleichen, die rohstoffproduzierende Länder gegenüber industrialisierten Ländern haben. So wurde der Handel der am wenigsten entwickelten Länder während der Covid-19-Krise stärker getroffen als der Durchschnitt. Auch die numerische Zweidrittelmehrheit der Entwicklungsländer in der WTO kann dies nicht ändern, weil in der Praxis ein Konsensprinzip herrscht. Der Abbau landwirtschaftlicher Subventionen im Norden wiederum hat seine politischen Grenzen, auch wenn bei den Exportsubventionen gewisse Fortschritte gemacht wurden. Programme, die den Entwicklungsländern helfen, ihre Handelsmöglichkeiten besser zu entfalten – Aid for Trade – sind daher weiterhin notwendig. Statt der angestrebten drei Prozent kosteten Überweisungen in den Süden

im Jahr 2022 weiterhin im Schnitt sechs Prozent. Da diese etwa das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe ausmachen, kommt diesen Kosten hohe Bedeutung zu.

Es wird zusätzliche Anstrengungen bedürfen, um die krisenbedingten Rückschritte beim Erreichen einer geringeren Ungleichheit sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern zu überwinden und die auf eine Verringerung der Ungleichheit gerichteten Unterziele zu erreichen. Dies war auch der Tenor des Aufrufs des Generalsekretärs der Vereinten Nationen António Guterres anlässlich der Vorstellung seines Berichts über „Unsere gemeinsame Agenda“ im Jahr 2021, in dem er die Erneuerung des sozialen Vertrages zwischen den Regierungen und ihren Völkern, einschließlich der gleichen Beteiligung von Frauen, verbunden mit einer Stärkung des Vertrauens und einer umfassenden Vision der Menschenrechte vorschlug. Dazu zählte er auch die Entwicklung eines inklusiveren multilateralen Systems im Rahmen der Vereinten Nationen, das sich den globalen Herausforderungen wie Hunger, Krankheiten und Konflikten sowie der Umwelt in einem solidarischen Ansatz besser annehmen kann.



AKTUELLES

Bund und Länder bekräftigen entwicklungspolitische Zusammenarbeit Entwicklungsministerin Schulze trifft Amtskolleginnen und Amtskollegen der Deutschen Länder

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze hat sich am 10. Februar 2023 mit den für Entwicklungspolitik zuständigen Minister*innen und Staatssekretär*innen der Deutschen Länder getroffen. Denn auch die Bundesländer engagieren sich in unterschiedlicher Form in der Entwicklungszusammenarbeit - von der entwicklungspolitischen Bildung in den Schulen bis zu konkreten Projekten in den jeweiligen Partnerländern.

Svenja Schulze: „Um die großen globalen Herausforderungen zu meistern, brauchen wir gerade jetzt eine starke und gesellschaftlich breit verankerte Entwicklungspolitik. In Deutschland sind alle Ebenen gefragt, sich mit ihren Kompetenzen einzubringen - Kommunen, Länder, Bund. Die Länder spielen eine wichtige entwicklungspolitische Rolle, zum Beispiel über die Bildungspolitik. Gemeinsam haben wir erreicht, dass im Schulunterricht wichtige globale Zusammenhänge vermittelt werden. Aber auch das konkrete Engagement der Bundesländer im Globalen Süden leistet einen wichtigen Beitrag. Gemeinsame Programme machen uns noch schlagkräftiger. Darum ist mir unser Austausch heute wichtig.“ Das entwicklungspolitische Engagement der Deutschen Länder ist vielfältig und ergänzt die Arbeit des Bundes: Im Rahmen des „Bund-Länder-Programms“ konnten seit 2015 72 gemeinsame Projekte in 24 Partnerländern entwickelt und umgesetzt werden. Die mit der Umsetzung beauftragte Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) entwickelt hierzu mit den Ländern Projektvorschläge, die aufbauend auf der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und den spezifischen Kompetenzen der Länder einen Mehrwert für die nachhaltige Entwicklung der Partnerländer bieten. BMZ und Länder teilen sich die Projektkosten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Themen nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Berufsbildung, Klima- und

Umweltschutz sowie Gesundheit. Das BMZ stellt für gemeinsame Projekte in Partnerländern des Globalen Südens weitere 7 Millionen Euro für drei Jahre zur Verfügung.

Im Bildungsbereich arbeiten das BMZ und die Kultusministerkonferenz der Länder eng zusammen, damit entwicklungspolitische Zusammenhänge in den Lehrplänen und bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften systematisch einbezogen werden. Die Schüler*innen lernen so, globale Herausforderungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, Lösungsmöglichkeiten zu beurteilen und eigene Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und zu nutzen. Dabei werden Themen wie nachhaltiger Konsum, Frieden und Konfliktlösung, der Klimawandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt behandelt. Materialien dazu stehen über das Portal Globales Lernen, www.globaleslernen.de, zur Verfügung.

Eine vollständige Zusammenstellung der Pressemitteilungen von Bund und Ländern zum Treffen finden Sie auf

www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Referat 513 Länder und Kommunen, Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Ansprechpartnerin: Anja Wagner, Tel. 030 18535-2121, [anja.wagner\[at\]bmz.bund.de](mailto:anja.wagner[at]bmz.bund.de), www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen

Messe Fair Handeln vom 13. bis 16. April 2023 in Stuttgart

Vom 13. bis 16. April 2023 veranstaltet die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg gemeinsam mit der Messe Stuttgart die Messe Fair Handeln. Mitmach-Aktionen wie Reparieren statt Wegwerfen, Upcycling mit Future Fashion, Verkostung von fair gehandeltem Baden-Württemberg-Burundi Partnerschaftskaffee oder das Glücksrad-Quiz zu Nachhaltigkeit und zur Entwicklungspolitik der Deutschen Länder am Stand des Staatsministeriums Baden-Württemberg - die internationale Messe zeigt alles rund um Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln. Sie ist Informations- und Kontaktbörse für die Branche, für Medien, für Entscheidungsträger-

rinnen und -träger, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Engagierte. Auf das Publikum wartet in Stuttgart ein vielfältiges Programm.

Info: Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Raquel Dischinger, Tel. 0711 2102935, [dischinger\[at\]sez.de](mailto:dischinger[at]sez.de), www.messe-stuttgart.de/fairhandeln

MATERIALIEN

BUKO Pharma-Kampagne: Unterrichtsmaterial zu globalen Disparitäten im Bereich Gesundheit

Die Covid-19-Pandemie hat weltweite Ungleichheiten besonders sichtbar gemacht und weiter verstärkt – das gilt vor allem für den Bereich Gesundheit. Die Unterrichtsbroschüre „Covid-19 und das Ziel einer global gerechten Gesundheitsversorgung“ beleuchtet die Folgen der Pandemie für die Versorgung von Menschen in Ghana, Südafrika und Peru. Anhand aktueller Beispiele werden globale Disparitäten, Armut, Gerechtigkeit in der Gesellschaft sowie die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen thematisiert und Lösungsansätze vorgestellt. Die Materialien der BUKO Pharma-Kampagne knüpfen somit an den Lehrplan für Geographie und Politik in der Sekundarstufe II an, können aber auch ab Klasse 9 eingesetzt werden. Ergänzend zur Unterrichtsbroschüre gibt es Online-Filme und Podcasts zur Situation in Peru, Südafrika und Ghana. Die Broschüre kann bei der BUKO Pharma-Kampagne kostenlos heruntergeladen werden. Die BUKO Pharma-Kampagne setzt sich seit mehr als 40 Jahren für das Menschenrecht auf Gesundheit, gesunde Lebensbedingungen und eine gute Gesundheitsversorgung ein.

Info: BUKO Pharma-Kampagne. Gesundheit global und gerecht e. V., August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld, Ansprechpartnerin: Claudia Jenkes, Tel. 0521 60550, [cj\[at\]bukopharma.de](mailto:cj[at]bukopharma.de), www.bukopharma.de/de/folgen-von-covid-19/705-schulmaterialien-covid-19

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

WELT UND BUND

Internationale Geberkonferenz Education Cannot Wait

Bei der internationalen Geberkonferenz des UN-Bildungsfonds „Education Cannot Wait“ (ECW) am 16. Februar 2023 in Genf wurden 826 Millionen US-Dollar mobilisiert, um Bildungschancen von 20 Millionen Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Die von Deutschland, der Schweiz, Norwegen, Kolumbien, Niger sowie Südsudan ausgerichtete Konferenz hatte zum Ziel, die Finanzierung des ECW-Fonds für die nächsten vier Jahre anzuschieben. Besonders Mädchen und junge Frauen sollen von dem Fonds profitieren, da sie beispielsweise nur halb so häufig die Sekundarschule abschließen wie ihre männlichen Altersgenossen. Zusätzlich sind sie einem erhöhten Risiko von Zwangsverheiratung, Teenager-Schwangerschaften und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Auch die Bildungssituation in Afghanistan war Thema der Konferenz. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Bildungsprojekte für Mädchen weitergeführt werden können.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 18 535-2870, [presse\[at\]bmz.bund.de](mailto:presse[at]bmz.bund.de), www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen, www.ecwhfc2023.org

BADEN-WÜRTTEMBERG

Delegationsreise in Maharashtra (Indien)

Der baden-württembergische Staatsminister und Chef der Staatskanzlei Florian Stegmann hat vom 31. Januar bis zum 5. Februar 2023 mit einer Delegation Indien besucht, um die 2015 initiierte Kooperation mit dem Partnerbundesstaat Maharashtra zu stärken. Im Mittelpunkt der Reise stand u. a. die Zusammenarbeit bei grünen Wasserstofftechnologien zwischen indischen und baden-württembergischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Gewinnung von Fachkräften, die durch das im Dezember 2022 unterzeichnete deutsch-indische Mobilitäts- und Migrationsabkommen erleichtert wird. Bei einem Erfahrungsaustausch in Pune wurden u. a. Wachstumschancen und Geschäftsaussichten baden-württembergischer Unternehmen auf dem indischen Markt thematisiert. In Mumbai - Partnerstadt von Stuttgart seit 1968 - eröffnete Florian Stegmann das Weinfestival „Stuttgart meets Mumbai“, das seit 19 Jahren ausgerichtet wird und als Plattform für interkulturellen Austausch und Vernetzung dient.

Info: Staatsministerium Baden-Württemberg, Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart, Tel. 0711 2153-0, [pressestelle\[at\]stm.bwl.de](mailto:pressestelle[at]stm.bwl.de), www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilungen

BERLIN

Neue Broschüre zur Berliner Entwicklungspolitik

Die Ende 2022 veröffentlichte Broschüre „Berliner Entwicklungspolitik. Strukturen, Themenfelder, Perspektiven“ bietet einen umfassenden Überblick über die Berliner Entwicklungspolitik und die Arbeit der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ). Rund um die Themenfelder Globales Lernen, Fairer Handel, Dekolonisierung und Empowerment präsentieren sich in der Publikation die zahlreichen geförderten Projekte und Einrichtungen und zeigen, wie vielfältig Berlins entwicklungspolitische Landschaft ist. Handlungleitend für die Berliner Entwicklungspolitik sind

neben den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen die Berliner entwicklungspolitischen Leitlinien, die 2012 in einem partizipativen Prozess erarbeitet wurden. Die LEZ ist bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe angesiedelt und ist in erster Linie eine fördernde Einrichtung: Mit einem Budget von jährlich zwischen ein und zwei Millionen Euro werden entwicklungspolitische Projekte von Berliner Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Die Broschüre steht zum Download bereit und kann auch als Printexemplar bestellt werden.

Info: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin, Ansprechpartnerin: Stefani Reich, Tel. 030 9013-7409, [stefani.reich\[at\]senweb.berlin.de](mailto:stefani.reich[at]senweb.berlin.de), www.berlin.de/sen/wirtschaft/europa-und-internationales/landesstelle-fuer-entwicklungszusammenarbeit/lez-und-partner/artikel.94895.php

BERLIN UND BRANDENBURG

ICJA betreut Bundesfreiwilligendienst mit Geflüchteten

Durch den Bundesfreiwilligendienst unterstützt der ICJA Freiwilligenaustausch weltweit seit 2016 Geflüchtete, die in Berlin oder Brandenburg wohnen. Im Rahmen des Programms SAWA - was in der arabischen Umgangssprache „gemeinsam zusammen“ im Sinne von „gleichgestellt“ bedeutet - vermittelt der ICJA Geflüchtete als Freiwillige über den Bundesfreiwilligendienst für sechs oder zwölf Monate in zivilgesellschaftliche Einsatzstellen. Bei einer Halbtags­tätigkeit haben die Geflüchteten die Möglichkeit, Netzwerke aufzubauen, den Berufsalltag kennenzulernen und ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Die Einsatzstellen hingegen erhalten eine zusätzliche Arbeitskraft mit eigenen Erfahrungen und Kompetenzen. Aktuell arbeiten Geflüchtete im Alter von 24 bis 65 Jahren in Jugendeinrichtungen, Familienzentren, stationären Wohngemeinschaften, ökologischen Projekten und anderen Einsatzstellen. Das ermöglicht eine neue Perspektive auf Gewohntes für alle Beteiligten und bedeutet für den ICJA einen weiteren Baustein der praktischen Friedensarbeit.

Info: ICJA Freiwilligenaustausch weltweit e. V., Berlin Global Village, Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, Ansprechpartner: Andrés Rodríguez Moreno, Tel. 030 2000 7160, [icja\[at\]icja.de](mailto:icja[at]icja.de), www.icja.de

BREMEN

Verleihung des Bremer Frauenkulturförderpreises 2022

Der Senator für Kultur hat im Januar 2023 gemeinsam mit dem Bremer Rat für Integration zum dritten Mal den Frauenkulturförderpreis verliehen - dieses Mal an das Projekt „Wir sind!“. Der Preis ist mit 2.000 Euro dotiert. In insgesamt sieben Monaten haben 400 Frauen aus verschiedenen Kulturen und Generationen herausgearbeitet, was das Frausein ausmacht. Was ist weibliches Verhalten?

Wie können Frauen gestärkt werden? Hierfür hat Saher Khanaqa-Kükelhahn vom Bürgerzentrum „Neue Vahr“ Mutter-Tochter-Interviews geführt. Daraus entstanden kleine Filme, Instagram-Posts und ein Theaterstück. Vera Zimmermann vom Kulturladen Huchting hat in „Königin WÜRDE“ Frauen interviewt und fotografisch portraitiert. Im Schreibworkshop „Wer bist Du?“ zu weiblichen Vorbildern hat die Autorin Betty Kolodzy herausgearbeitet „wer wir sind bzw. wer wir sein wollen“. Virginie Kamche von Afrika Netzwerk Bremen, das jährlich den Diasporapreis für besonderes Engagement für nachhaltige Entwicklung in Bremen ausrichtet, hat interreligiöse Kochgespräche geführt und filmisch dokumentiert. Die Jury würdigte besonders die Vielfalt der Teilnehmerinnen und die Nachhaltigkeit des Projekts.

Info: Senator für Kultur Bremen, Altenwall 15-16, 28195 Bremen, Ansprechpartnerin: Ilona Herbrig, Tel. 0421 36119754, [ilona.herbrig\[at\]kultur.bremen.de](mailto:ilona.herbrig[at]kultur.bremen.de), www.kultur.bremen.de

HAMBURG

Hamburger Masterplan Bildung für nachhaltige Entwicklung umgesetzt

Das Herzstück des Hamburger Masterplan BNE 2030 sind die rund 100 Maßnahmen, die von den etwa 140 beteiligten Akteurinnen und Akteuren für die Bildungsbereiche frühkindliche, schulische, außerschulische und berufliche Bildung sowie Hochschule und Bezirke erarbeitet wurden. Ziel ist es, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) strukturell in der Hamburger Bildungslandschaft zu verankern. 2022 gingen die ersten Maßnahmen mithilfe der Koordinierungsstelle in der Hamburger Klimaschutzstiftung in die Realisierung. Dazu gehörten BNE-Coachings in Kitas, übergreifende BNE-Konzepte an rund 20 Schulen sowie bedarfsorientierte BNE-Angebote mit Fokus auf schwer erreichbare Zielgruppen im außerschulischen Bereich. Weiterhin wurden an 30 berufsbildenden Schulen in Hamburg Befragungen als Basis für BNE-Fortbildungsformate der Berufsschullehrkräfte durchgeführt und im Hochschulbereich erstmalig zwei Projekte mit dem „Nachhaltigkeitspreis BNE an Hochschulen“ ausgezeichnet. Auf Initiative der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) beschloss der Hamburger Senat im Jahr 2021 den Masterplan BNE 2030. Ab Juni 2023 startet die Umsetzung der zweiten Förderrunde mit einer Fördersumme von insgesamt 472.000 Euro.

Info: Hamburger Klimaschutzstiftung für Bildung und Nachhaltigkeit, Karlshöhe 60d, 22175 Hamburg,

Ansprechpartnerin: Melissa Weyrich, Tel. 040 637 0249-43,
weyrich[at]hamburger-klimaschutzstiftung.de,
www.hamburger-klimaschutzstiftung.de

HESSEN

Zweiter Bericht zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Eine afghanische Online-Universität, Berufsausbildung für HIV-Infizierte in Uganda, Fortbildungen für indische Lehrkräfte auf dem Gebiet der Solarenergie – das sind drei der 70 entwicklungspolitischen Projekte, die Hessen in den Jahren 2020 und 2021 im In- und Ausland gefördert hat. Dies geht aus dem zweiten Bericht der Landesregierung zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit hervor. „Wir sind auf dem Weg hin zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Wirtschaftsweise“, so Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir bei der Vorstellung des Berichtes. „Dabei geht es auch um globale Gerechtigkeit und Entwicklungschancen für alle Menschen auf der Welt.“ Die Landesregierung hat sich 2018 in ihren Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit zur Verantwortung für die Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse, zur kooperativen Lösung globaler Herausforderungen sowie zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen bekannt. Die Leitlinien sehen zudem vor, dass die Staatskanzlei und die einzelnen Ressorts alle zwei Jahre über ihre entsprechenden Aktivitäten berichten. Wie der aktuelle Bericht zeigt, stand das entwicklungspolitische Engagement des Landes Hessen 2020 und 2021 im Zeichen gewachsener globaler Herausforderungen. Zu Klimaerwärmung und Artensterben kam die weltweite Covid-19-Pandemie hinzu, die besonders die Länder des Globalen Südens traf und die Überwindung von Armut und Hunger sowie die Verbesserung von Gesundheit und Bildung erschwerte. Minister Al-Wazir würdigte das breite zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger Hessens als Basis der entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes: „Die aktuelle Situation mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, den in der Folge gestiegenen Nahrungsmittelpreisen und den nach wie vor gestörten Lieferketten macht Entwicklungszusammenarbeit und konkrete Projekte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in Ländern des Globalen Südens noch wichtiger. Die Landesregierung wird sich weiterhin konsequent ihrer Verantwortung stellen.“

Info: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden,
Ansprechpartnerin: Anna-Kathrin Schmidt, Tel. 0611 815-2269,
anna-kathrin.schmidt[at]wirtschaft.hessen.de,
www.wirtschaft.hessen.de/presse/hessen-hilft-im-globalen-sueden



NIEDERSACHSEN

Erstes Werkstattgespräch „Ernährungsstrategie Niedersachsen – Ernährungssicherheit weltweit“

Nach der Auftaktsitzung des Runden Tisches Entwicklungspolitische Leitlinien im Juli 2022 hat im November 2022 das erste Werkstattgespräch zum Thema „Ernährungsstrategie Niedersachsen – Ernährungssicherheit weltweit“ in Hannover stattgefunden. Maren Meyer vom Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen stellte zunächst die Niedersächsische Ernährungsstrategie und ihren Bezug zu den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen vor. Im Anschluss hielt Roman Herre von FIAN e. V. ein Impulsreferat zur Ernährungssicherheit weltweit unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine. Aufbauend auf diesen Informationen diskutierten die Teilnehmenden, welchen Beitrag Niedersachsen zur Ernährungssicherheit weltweit leisten kann. Die 40 Teilnehmenden aus der Zivilgesellschaft und den niedersächsischen Ministerien erarbeiteten Impulse für die Landesregierung, die an die Niedersächsische Staatskanzlei übermittelt werden. Am Runden Tisch Entwicklungspolitische Leitlinien nehmen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft (NGOs, Kirchen, entwicklungspolitische Akteurinnen und Akteure, Wirtschaft, Wissenschaft) sowie der Kommunen und Fachressorts teil. Künftig soll die Niedersächsische Staatskanzlei jährlich ein bis zwei Werkstattgespräche zu aktuellen entwicklungspolitischen Schwerpunkten organisieren, um eine Dialog-Plattform und die Möglichkeit der Netzwerkpflge anzubieten.

Info: Niedersächsische Staatskanzlei, Planckstraße 2, 30169 Hannover, Ansprechpartnerin: Kathrin Radtke, Tel. 0511 120-6809,
kathrin.radtke[at]stk.niedersachsen.de,
www.stk.niedersachsen.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Bericht im Projekt „Kommunaler Fachaustausch Nordrhein-Westfalen – Ghana“

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) hat für das Jahr 2022 einen Bericht im Projekt „Kommunaler Fachaustausch Nordrhein-Westfalen – Ghana“ veröffentlicht. Seit vielen Jahren pflegt das Land Nordrhein-Westfalen eine Länderpartnerschaft mit Ghana. Eingebettet in die Mehrebenen-Partnerschaftsarbeit ist auch der kommunale Fachaustausch zwischen

nordrhein-westfälischen und ghanaischen Kommunen, der seit 2020 von der SKEW begleitet wird. Waren die ersten beiden Projektjahre aufgrund der Covid-19-Pandemie von digitalen Kommunikations- und Austauschformaten geprägt, konnten sich die fünf teilnehmenden Partnerschaften im Jahr 2022 auch persönlich kennenlernen: Im Juni 2022 fand eine Fachinformationsreise nach Deutschland statt. Neben dem Auftakt- und Abschlussworkshop in Düsseldorf sowie Besuchen in den jeweiligen Partnerkommunen hatten die einzelnen Partnerschaften viel Raum und Gelegenheit, ihre Erwartungen auszutauschen, die bisherige Zusammenarbeit zu evaluieren und gemeinsame Projektpläne zu entwickeln. Im November 2022 fanden ein virtuelles Netzwerktreffen der nordrhein-westfälischen Teilnehmenden sowie ein Netzwerktreffen für die ghanaischen Akteurinnen und Akteure mit einem interkulturellen Training in Accra statt. Bei dem Netzwerktreffen in Ghana kamen neben den Akteurinnen und Akteuren aus den fünf teilnehmenden Kommunen auch Vertretungen des Städteverbands National Association of Local Authorities of Ghana (NALAG) und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) zusammen.

Einen entsprechenden Verwaltungsaustausch gibt es auch zwischen Nordrhein-Westfalen und der Republik Ghana, der seitens der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens gemeinsam mit dem World University Service (WUS) seit 2018 durchgeführt wird. Im Rahmen dieser Kooperation soll der Austausch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen vertieft werden, um zum gegenseitigen Verständnis beizutragen und gemeinsam neue Themenfelder für die weitere Zusammenarbeit zu identifizieren. Im Zuge dieses Programms werden Tandems gebildet. Sie bestehen jeweils aus Mitarbeitenden aus der Verwaltung Nordrhein-Westfalens sowie aus Behörden der Republik Ghana. Diese erhalten durch gegenseitige Hospitationsbesuche die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zum Einblick in den Arbeitsalltag, die Prozesse und die Strukturen der Behörde des jeweiligen Partners.

Info: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Referat IV B 2 Naher und Mittlerer Osten, Afrika, Balkan, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Ansprechpartnerin: Heike Dongowski, Tel. 0211 837-1561, heike.dongowski@stk.nrw.de, www.mbei.nrw, <https://skew.engagement-global.de/rueckblick-2022-kommunaler-fachaustausch-nrw-ghana.html>

SAARLAND

Faires Saarland – 50 Jahre Fairer Handel an der Saar

Am 8. September 1973 fand die erste Verkaufsaktion von fair gehandelten Waren im Saarland auf der „Welt der Familie“, einer von zwei großen saarländischen Verbrauchermessen in Saarbrücken, statt. Anlässlich dieses Jubiläums hat sich ein Bündnis aus mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen gebildet, zu denen neben der Fairtrade Initiative Saarland, dem Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e. V., Weltveränderer e. V. und weiteren Organisationen auch mehrere Weltläden sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bildungseinrichtungen, Städten, Gemeinden und Landkreisen gehören. Ministerpräsi-

dentin Anke Rehlinger begrüßt das breite Engagement zum Fairen Handel im Saarland und übernimmt die Schirmherrschaft über das Jubiläumsjahr. Nach der Auszeichnung Saarbrückens als erste deutsche Fairtrade Town und der Universität des Saarlandes als erste deutsche Fairtrade University soll nun das ganze Land folgen. Für das Jubiläumsjahr 2023 sind unterschiedliche Veranstaltungen u. a. zur Geschichte des Fairen Handels im Saarland, zum Lieferkettengesetz und zu Fairer Beschaffung, aber auch Aktionen der Weltläden und Bildungsangebote in Kitas, Schulen und Hochschulen geplant. Diese Aktivitäten sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Zertifizierung als erstes deutsches Fairtrade Bundesland.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes, Referat B5 Entwicklungszusammenarbeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Demokratiepädagogik, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartnerin: Katharina Meßinger, Tel. 0681 501-6654, [entwicklungszusammenarbeit\[at\]bildung.saarland.de](mailto:entwicklungszusammenarbeit[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de/mbk/DE/portale/entwicklungportal/home/home_node.html

SACHSEN

Sachsen will Zusammenarbeit mit Uganda vertiefen

Der Freistaat Sachsen will eine engere Zusammenarbeit mit Uganda aufbauen. Die Sächsische Staatsregierung hat im Februar 2023 einen entsprechenden Beschluss gefasst. So soll die Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Uganda auf unterschiedlichen Ebenen gestärkt werden. Dazu gehören u. a. Kooperationen bei zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, im Bereich der Wissenschaft – insbesondere mit dem Schwerpunkt Gesundheit – und der beruflichen Bildung. Ebenso will der Freistaat den Aufbau von Partnerschaften von Schulen und Kommunen künftig unterstützen und die Zusammenarbeit von ugandischen und sächsischen Unternehmen stärken. Für diese entwicklungspolitischen Maßnahmen stellt die Sächsische Staatskanzlei 2023 und 2024 jeweils 200.000 Euro bereit. Darüber hinaus können Projekte in Uganda über den Sächsischen Kleinprojektfonds finanziell gefördert werden. Dieser wird von der Stiftung Nord-Süd Brücken verwaltet. Die Koordination der Zusammenarbeit mit Uganda übernimmt das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen (ENS). Sachsen unterstützt seit 2017 entwicklungspolitische Projekte und Initiativen in Uganda, zuletzt auch im Bereich der medizinischen Versorgung. So schickte Sachsen im Juli 2021 Covid-19-Schnelltests sowie OP-

und FFP-Masken an das Kiruddu Referral National Hospital. Im Januar 2023 spendeten der Bund und der Freistaat zehn Beatmungsgeräte für dasselbe Krankenhaus.

Info: Sächsische Staatskanzlei, Archivstraße 1, 01097 Dresden,
Tel. 0351 564-0, [info\[at\]sk.sachsen.de](mailto:info[at]sk.sachsen.de),
www.medianservice.sachsen.de/medien/news/1062081

Start der sächsischen Landeskoordinierungsstelle BNE im Januar 2023

Die Sächsische Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sieht die Stärkung landesweiter Vernetzungs- und Serviceangebote durch bestehende Anbieter und Bildungseinrichtungen vor. Sie sollen bei der Umsetzung von Methoden und Konzepten der BNE in Bildungseinrichtungen unterstützen. Die Grundlagen wurden im Rahmen des Beteiligungsprozesses zur Umsetzung der Strategie entwickelt und anschließend durch die Landesstiftung Natur und Umwelt (LaNU) in den Jahren 2021 und 2022 erprobt. Die Landeskoordinierungsstelle BNE wird den jährlich stattfindenden Fachtag BNE sowie Austausch- und Vernetzungsangebote erstellen und ein Servicestellennetzwerk koordinieren. Vorrangig im ländlicheren Raum sollen acht Servicestellen ab dem 3. Quartal 2023 in den Regionen interessierte Akteurinnen und Akteure bei der Umsetzung von BNE begleiten. Zur Stärkung von BNE in Bildungseinrichtungen wird das - ebenfalls mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren entwickelte - BNE-Lotsen-Programm etabliert. Für die Umsetzung sind in den ersten zwei Jahren 1,65 Millionen Euro vorgesehen.

Info: Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt,
Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, Ansprechpartnerin: Juliane Pohlack,
Tel. 0351 81416602, [juliane.pohlack\[at\]lanu.sachsen.de](mailto:juliane.pohlack[at]lanu.sachsen.de),
www.lanu.de/tCgJ

Jahresthema 2023: Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrem Jahresthema 2023 zum SDG 5 „Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen“ Projekte der Deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Thema Geschlechtergerechtigkeit widmen. Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen unter [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).

www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.eine-welt-veranstaltungskalender.de

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.), Carlos dos Santos,
Anne-Sophie Tramer, Heike Jäger, Bastian Ivens

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
[ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com](http://ansicht.kommunikationsagentur.com)

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de)
oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

